



Vorlage zum **Beschluss-Nr. 059-19/24**

Vorlage wurde ohne/ mit..... Änderungen am zum Beschluss erhoben

Vorlage wurde am abgelehnt; Vorlage wurde am zurückgezogen

1. Bezeichnung des Beschlusses	1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ellrich (gesetzliche Änderung der Aufwandsentschädigung)
2. Beschlusstext:	Der Stadtrat der Stadt Ellrich beschließt die 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ellrich.
3. Einreicher	Der Bürgermeister
4. Begründung der Zuständigkeit des Stadtrates (Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmung wurde die Beschlussvorlage erarbeitet?)	ThürKO vom 28.01.2003 in der jeweils gültigen Fassung
5. Welche Beschlüsse müssen aufgrund der o. g. Beschlussvorlage aufgehoben bzw. ergänzt werden?	Keine
6. a) Mit welchem Personenkreis wurde die Beschlussvorlage beraten b) mit wem soll sie beraten werden?	Haupt- und Vergabeausschuss: 11.05.2020
7. Welche absehbaren finanziellen Auswirkungen hat die Beschlussvorlage?	1.221,60 EUR / Monat Aufwandsentschädigung für Stadtratsmitglieder 15,27 EUR / Sitzung 60,00 EUR / Monat Entschädigung für Behinderten- und Seniorenbeauftragten
8. Veröffentlichung des Beschlusses?	Ja
9. Verteiler	Alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl Stadtratsmitglieder: 20 + 1 Ja – Stimmen:

davon anwesend: Nein – Stimmen:

 Enthaltungen:

Folgende Mitglieder waren nach § 38 ThürKO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen:
-keine-

Der Beschluss wurde somit angenommen/abgelehnt.

Henry Pasenow
Bürgermeister

Begründung zum **Beschluss Nr.: 059-19/24**

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Ellrich beschließt die 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ellrich.

Begründung:

Seit dem 01.01.2019 beträgt die Aufwandsentschädigung mindestens 50 Prozent der möglichen Höchstbeträge. Gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 1 Thüringer Verordnung über die Entschädigung der Gemeinderats-, Stadtrats- und Kreistagsmitglieder (ThürEntschVO) vom 06.11.2018 (GVBl. 2018, 703) ist der Höchstbetrag für Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohner auf maximal 120,00 EUR festgelegt, sodass mindestens eine Entschädigung in Höhe von 60,00 EUR zu zahlen ist.

Diese Mindestbeträge verändern sich ab dem 01.01.2020 um die letzte im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaats Thüringen veröffentlichte Preisentwicklungsrate nach § 26 Abs. 3 des Thüringer Abgeordnetengesetzes in der am Tag des Inkrafttretens dieser Rechtsverordnung geltenden Fassung in Höhe von 1,8 %.

Insofern entsteht monatlich eine Entschädigung in Höhe von 61,08 EUR (alt 60,00 EUR) sowie ein zu zahlendes Sitzungsgeld in Höhe von 15,27 EUR (alt 15,00 EUR).

Des Weiteren sollte auf Antrag und Empfehlung der BBE-Fraktion im Sozialausschuss die Entschädigung der Senioren- und Behindertenbeauftragten in Höhe von 25,00 EUR auf 60,00 EUR angepasst werden. Die Begründung hierfür liegt darin, dass diese bis dahin für die Tätigkeit zu niedrig angesetzt war.

Henry Pasenow
Bürgermeister